

Der aktuelle Kommentar

Krankenkassenreform vor dem Scheitern

Von WILHELM SCHMÜLLING



Vom vergeblichen Versuch, die kranken Krankenkassen zu sanieren

Es knirscht hörbar. Jeder Zusammenbruch schickt seine Vorboten. Wie die versagenden Stoßdämpfer bei einem Auto, so sind auch die tragenden Stützen unserer Regierung, nämlich die beiden großen Parteien, nicht mehr in der Lage, jeden Stoß von Steinen, die im Wege liegen, abzufedern. Was rumpelt und pumpt in der Koalition herum, so als ob es Mühlsteine wären? Sah man sie bisher als kleine Stolpersteine, so werden sie nun in ihrer wahren Realität erkannt: Sie gefährden, alle zusammen genommen, die Finanzen des Staates. Es sind Mühlsteine, die man nur umfahren, nicht aber darüber hinwegfahren kann.

Die Umgehungsstraße heißt „Wachstum“. Auf dieser Straße der Finanzierbarkeit zur Räumung der kleinen Stolpersteine fährt die große Koalition laut Anweisung der Kapitalgeber: Wächst die Wirtschaft, dann kommen mehr Steuern ein, mit denen die Sozialsysteme leicht finanziert werden können. Allein, den Koalitionären fehlt daran der Glaube. Wie sonst gäbe es einen Grund, trotz angeblichen Wachstums der Wirtschaft auf die Kostenreduzierung der Sozialsysteme zu setzen? Entweder löst Wachstum alle Probleme, oder die Regierung selbst muss die Probleme lösen. Also macht sich die Regierung an die Arbeit. „Versuch macht klug.“ Nach diesem Motto müsste die „Gesundheitsreform“ gelingen. Die wievielte soll nun beschlossen werden? Aber erst

müssen für den Bundestag beschlussfähige Gesetzestexte formuliert werden. Und schon hier merkt man, dass die Beifahrer mit ihrem Gemeckere die Fahrerin nervös machen. Der Kanzlerin fehlt der souveräne Führungsstil. Das Machtwort „Basta“ ist ihr fremd.

Folglich wurde „ergebnisorientiert“ verhandelt. Wie allerdings das Ergebnis aussehen könnte, hätte das „Gesundheitsministerium“ längst in einem Antrag vorlegen müssen. Stattdessen wurde über „Eckpunkte“ verhandelt und über Einzelheiten, die kaum jemand kennt. Selbst in der Presse findet man wenige konkrete Informationen. Eine Ausnahme bildet der „zeitreport“, der in seiner September/Okttober-Ausgabe nicht nur den „verwesenden Sozialstaatspatient gesetzliche Krankenversicherung“ bloßstellt, sondern auch die vorgesehenen Neuregelungen der „Gesundheitsreform“ auflistet. (DBSFS e.V., Brahmstr. 24 a, 81677 München).

Wie allerdings konkret eine Krankenkassenreform aussehen könnte, insbesondere mit den Vorschlägen von Helmut Creutz, des Öfteren dargestellt. Eine Betriebskrankenkasse druckte den Creutz-Vorschlag nach. Die Regierung brauchte nur diese Grundsatzvorschläge aufzunehmen, um die Einzelheiten ausarbeiten zu lassen. So aber bleibt es bei dem vergeblichen Versuch, die Gesundheit zu reformieren, was an sich schon widersinnig ist. Die Krankenkassenreform wird wiederum nur Stückwerk blei-

ben, falls sie überhaupt Gesetz wird, das dann nach wenigen Jahren wieder reformiert werden muss.

Nach wenigen Jahren? Schon jetzt, noch vor der Verabschiedung der „Gesundheitsreform“ im Bundestag, eskaliert der Streit innerhalb der Parteien um den Zusatzbeitrag, den die Krankenkassen von den Versicherten erheben dürfen, falls sie mit dem vom „Gesundheitsfonds“ zugeteilten Geld nicht auskommen. Der Zusatzbeitrag sollte 8,- Euro nicht überschreiten, wenn ja, dann darf er nicht mehr als 1 % des versicherungspflichtigen Einkommens ausmachen. Und schon entbrennen die Kontroversen über die Auslegung solcher Vorschriften. Selbst die Experten, Roland Profalla von der CDU und Hubertus Heil von der SPD widersprechen sich, wie die WELT am 10. 10. 06 berichtet. Hubert Heil versucht dort eine Erklärung: „Entscheidet sich eine Kasse, einen pauschalen Zusatzbeitrag von allen Versicherten einzuziehen, der über acht Euro liegt, haben Versicherte, die weniger als 800 Euro beitragspflichtiges Einkommen haben, die Möglichkeit, die Kasse auf ihre Einkommenssituation hinzuweisen. Sie müssen dann nicht mehr als ein Prozent ihres beitragspflichtigen Einkommens als Zusatzbeitrag zahlen.“ Wird z. B. eine ältere Rentnerin in der Lage sein, die Krankenkasse auf „ihre Einkommenssituation“ hinzuweisen und oder gar die Kasse zu wechseln? Rechnen die Krankenkassen etwa damit, dass diese „Möglichkeit“ nicht wahrgenommen wird? Also: das Gesetz nachbessern! Wie auch immer das Gesetz „nachgebessert“ wird, die „Reform“ hält nicht lange. Der nächste Wahlkampf wird um die „Gesundheitsreform“ geführt werden.

Es drängt sich immer mehr der Verdacht auf, dass es sich weniger um eine tragfähige Reform der Krankenversicherung handelt, als viel mehr um die Absicht, die Lohnnebenkosten zu senken, damit die Rentabilität des investierten Kapitals in einer Höhe gesichert wird, die neues Kapital anlockt. Wofür anders ist die Regierung da? « « «